antisemitismus
meldestelle

Antisemitische Vorfälle 2021
in Österreich

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN

Inhalt

1. Vorwort 3

2. Zusammenfassung 4

3. Kommentar 6
3. 1. Dramatische Konsequenzen des palästinensisch-israelischen Konflikts 6
3. 2. Ein weiteres Jahr im Zeichen der Pandemie 7
3. 3. Hohes Meldeaufkommen - Große Herausforderung 9

4. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele 10
4. 1. Angriff 10
4. 2. Bedrohung 11
4. 3. Sachbeschädigung 12
4. 4. Verletzendes Verhalten 13
4. 5. Massenzuschriften 14
4. 5. 1. Fallbeispiel: Coronabezogener Antisemitismus 14

5. Subkategorien 16
5. 1. Antisemitismus mit Coronabezug 16
5. 2. Israelbezogener Antisemitismus 16
5. 3. Antisemitische Verschwörungsmythen 17
5. 4. Shoah-Relativierung/-Leugnung 17

6. Ideologischer Hintergrund 18

7. Methodik 19
7. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus 19
7. 2. Antisemitismusarbeit auf internationaler Ebene 20
7. 3. Blick ins Ausland 21

8. Gastkommentare 22
8. 1. Dr. Bernhard Weidinger (DÖW) 22
8. 2. Prim. Dr. Benjamin Vyssoki und Dr. Susanne Schütt (ESRA) 23

1. Vorwort

Oskar Deutsch
Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG)

965 antisemitische Vorfälle in 365 Tagen

Der vorliegende Jahresbericht der Antisemitismus-Meldestelle der IKG könnte Sie verstören. Im Kalenderjahr 2021 wurden 965 antisemitische Vorfälle registriert – das sind im DurchscŸitt mehr als 18 pro Woche; eine Zunahme um 65 Prozent seit 2020.

Wer an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Antisemitismus interessiert ist, sollte sich aber von den Überschriften nicht beunruhigen lassen, sondern diesen Jahresbericht lesen. Das Team rund um Generalsekretär Benjamin Nägele gewährt mit diesem Bericht einen wertvollen Einblick in die tägliche Arbeit der Meldestelle, der IKG und ihrer Institutionen wie dem psychosozialen Zentrum ESRA.

Zu bedenken ist, dass der Bericht nur den offen zu Tage getretenen Antisemitismus behandelt. Der Kampf gegen das „Gerücht über die Juden", wie Theodor Adorno den Antisemitismus definierte, geschieht auf vielen Ebenen: Über die Sicherheitsabteilung der IKG, die Polizei und das Bundesheer, um Leben zu schützen und über Bildungs- und Kulturinitiativen, um Vorurteile erst gar nicht aufkommen zu lassen. Letztlich ist es aber nicht die primäre Aufgabe der Kultusgemeinde, diesen Kampf zu führen. Für uns muss dies aber eine SelbstverständlicŸeit sein, denn „Nie wieder" bedeutet Überleben.

Stehen auch Sie auf, wenn jemand im Büro, im Internet oder im Stadion antisemitische Sprüche skandiert? Wir alle wissen: Vor Taten kamen immer schon Worte. Warten wir nicht. Warten Sie nicht.

Benjamin Nägele
Generalsekretär der IKG

Negativ-Rekord ist ein Auftrag an uns alle – auch an Sie!

Die jüdische Gemeinde sah sich 2021 mit einer noch nie dagewesenen Zahl an gemeldeten Beschimpfungen, Belästigungen sowie anderen psychischen und physischen Übergriffen konfrontiert. Noch nie waren, seit AufzeicŸung, so viele Menschen, auch nicht-jüdische, von judenfeindlichen Agitationen betroffen – und die Dunkelziffer liegt naturgemäß weitaus höher. Wir sind aufgrund der starken Zunahme der Vorfälle in einigen Kategorien gar dazu übergegangen, mehrere antisemitische Beiträge zu ein und demselben Thema nur mehr als einen Vorfall in der Statistik zu führen.

Die Rolle der Antisemitismus-Meldestelle der IKG ist hier eine ganz entscheidende: Sie macht Antisemitismus sichtbar, ungeschönt und detailliert aufbereitet. Aber sie hat noch eine weitere viel wichtigere Rolle: Sie ist die professionelle und vertrauliche Anlaufstelle für jede und jeden, der von Antisemitismus betroffen ist oder Zeuge eines Vorfalls wurde. Die Meldestelle erfasst diese Vorfälle facŸundig, begleitet Meldepersonen professionell und kooperiert dabei eng mit den Institutionen der IKG. Eine Schlüsselfunktion übernimmt dabei ESRA, das psychosoziale Zentrum der IKG, das jüdische und nicht-jüdische von Antisemitismus Betroffene unterstützt.

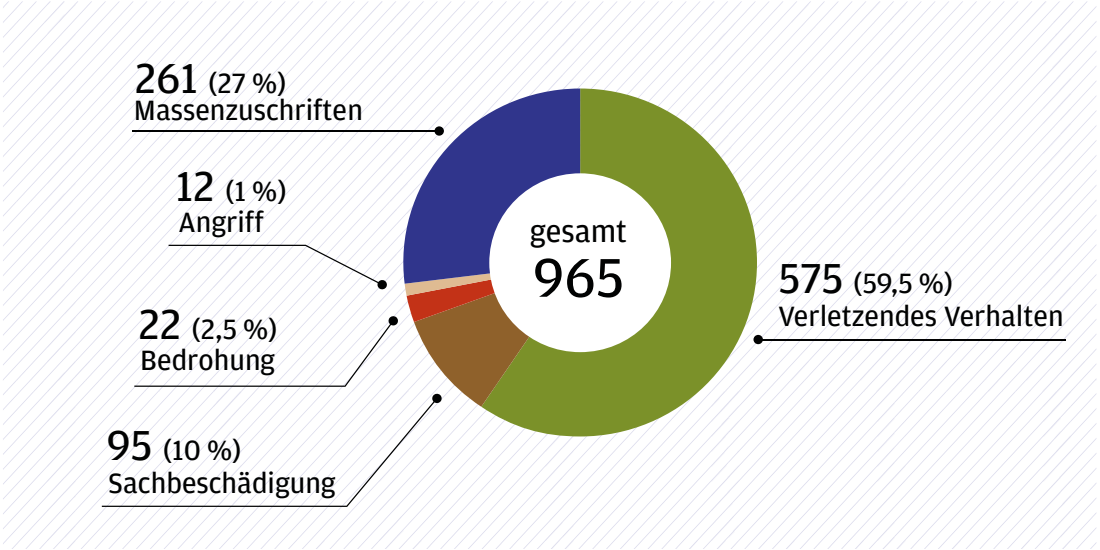
Helfen Sie mit, machen Sie Antisemitismus sichtbar, indem sie iŸ melden, und zeigen Sie Zivilcourage, im eigenen Umfeld wie auch in der ÖffentlicŸeit.

2. Zusammenfassung

Im Kalenderjahr 2021 wurden der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt **965 antisemitische Vorfälle** gemeldet. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr (585 Vorfälle) einem **Anstieg um 65 Prozent** und somit der höchsten erfassten Anzahl antisemitischer Vorfälle seit Beginn der Dokumentation vor 20 Jahren.

Dieser Bericht ist keine gesamthafte Darstellung des Antisemitismus in Österreich. Es ist, wie bereits in den Vorjahren, von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. Gezählt werden ausschließlich antisemitische Vorfälle, die gemeldet wurden und die sich nach einer Prüfung durch die Expertinnen und Experten der Antisemitismus-Meldestelle gemäß der IHRA-Definition als eindeutig antisemitisch herausstellten.

Antisemitische Vorfälle (gesamt)



Von den 965 Vorfällen waren:

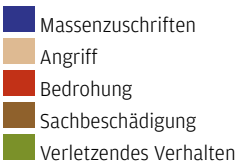
12 **physische Angriffe** (2020: 11)

22 **Bedrohungen** (2020: 22)

95 Fälle von **Sachbeschädigung** (2020: 53)

261 Fälle von **Massenzuschriften** (2020: 135)

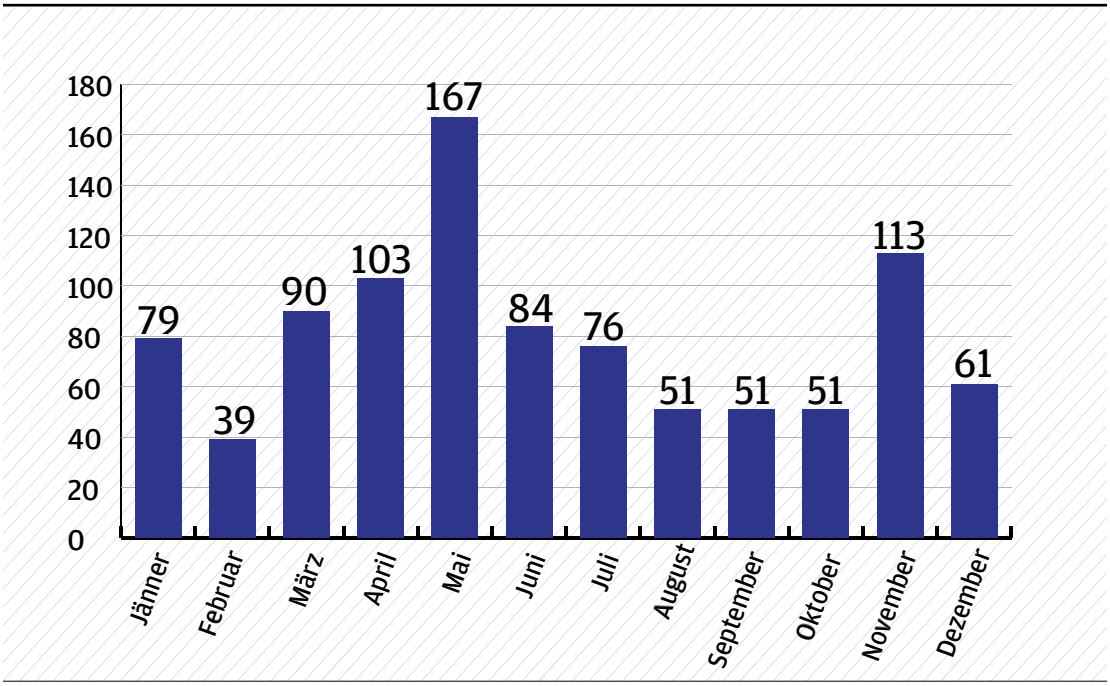
575 Fälle von **verletzendem Verhalten** (2020: 365)



Um eine internationale Vergleichbarkeit zu ermöglichen, orientiert sich die Kategorisierung der gemeldeten antisemitischen Vorfälle an jener in Deutschland und dem Vereinigten Königreich (siehe Abschnitt „Kategorisierung“, ab Seite 10)

Auf den dramatischen Anstieg der Vorfallsmeldungen im ersten Halbjahr folgte ein über den Sommer währender Rückgang. Im Herbst verschärfte sich die Atmosphäre jedoch abermals.

2021: Gesamt 965 Fälle

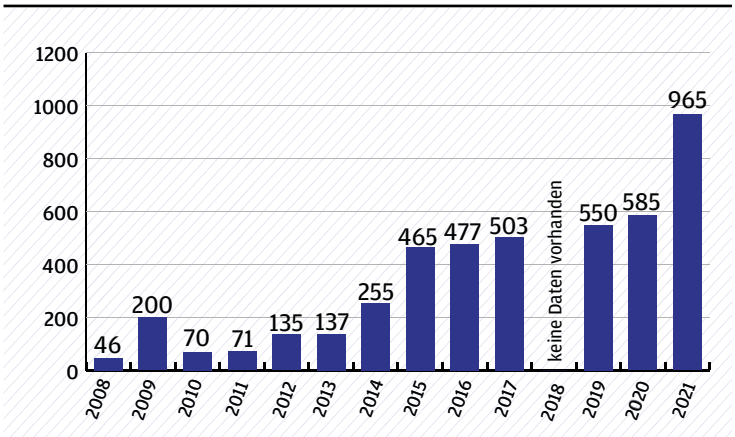


Der Negativrekord an Vorfällen im Mai (167) war vor allem auf die militärische Eskalation zwischen palästinensischen Terrororganisationen in Gaza und dem Staat Israel zurückzuführen und die bereits seit Ende 2020 zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten im Rahmen der Pandemie. Die zweitmeisten registrierten antisemitischen Vorfälle im Vorjahr wurden mit 113 Vorfällen im November gemeldet; diese standen primär im Kontext neuer Corona-Schutzmaßnahmen und der damals angekündigten Impfpflicht.

Der Großteil der gemeldeten antisemitischen Vorfälle fand in **Sozialen Netzwerken** (386) statt; die Zahl jener Vorfälle, welche infolge **persönlicher Wahrnehmung** gemeldet wurden, beläuft sich auf 292. Im **Online**-Bereich wurden 131 Vorfälle verzeicŸet. Hier soll abermals daran erinnert werden, dass sich in Diskussionsforen oder Social-Media-Threads oftmals mehrere, teils dutzende antisemitische Kommentare finden können; sie werden dann dennoch immer nur als ein Vorfall gezählt.

99 Mal wurden **E-Mails** mit antisemitischen Inhalten gemeldet. Antisemitismus in **Briefform** gab es 52 Mal. Antisemitische **Telefonanrufe** sind mit drei, **Zeitungsartikeln** mit **zwei** Fällen in der Statistik vertreten.

Verlauf der Meldefälle seit 2008



Verlauf der Zahl der Meldungen (*kein Bericht für das Jahr 2018)

3. Kommentar

Wenig überraschend war auch das Jahr 2021 besonders stark von der Corona-Pandemie geprägt; allerdings brachten die Wochen rund um die erneute Eskalation zwischen palästinensischen Terrororganisationen in Gaza und dem Staat Israel im Mai einen explosionsartigen Anstieg israelbezogenen Antisemitismus mit sich, dessen Intensität in den vergangenen JahrzeŸten seinesgleichen sucht.

3. 1. Dramatische Konsequenzen des palästinensisch-israelischen Konflikts

In den vergangenen zwei JahrzeŸten wurden jüdische Gemeinden weltweit im Zuge der regelmäßig ausbrechenden Eskalationen im palästinensisch-israelischen Konflikt zur Zielscheibe von lokalem Judenhass. Dass israelbezogener Antisemitismus in all seinen Formen stets unter der Oberfläche schwelt und ein Ventil für dieses aufgestaute Ressentiment sucht, das sich häufig gegen Jüdinnen und Juden, jüdische Gemeindeeinrichtungen oder Unterstützer und Unterstützerinnen jüdischer Gemeinden entlädt, ist kein Novum. Die Wucht aber, mit der dies im Frühjahr 2021 geschah, ließ selbst die resiliente jüdische Gemeinde in Österreich erschüttert zurück. Beinahe täglich wurden Fälle gemeldet, in denen Betroffene zum Ziel von Beschimpfungen, Bedrohungen und physischen Angriffen geworden waren. Meist sind diese Betroffenen – in der Regel aufgrund ihrer Bekleidung oder jüdischer bzw. vermeintlich jüdischer Symbole – als jüdisch erkennbar; gleichzeitig ist gerade in dieser Gruppe von Betroffenen eine verhaltene Melde- beziehungsweise Anzeigebereitschaft nach Übergriffen wahrzunehmen. Es wird daher von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen. Hervorzuheben ist auch der Umstand, dass diesmal auffallend häufig Kinder Ziel antisemitischer Anfeindungen wurden, mehrfach sogar in physischer Form (sowohl allein, in Gruppen oder in Begleitung Erwachsener; siehe Beispiele).

Der unmittelbare Charakter vieler Vorfälle macht sich auch in der Kategorisierung nach ideologischem Hintergrund bemerkbar, wo eine Mehrzahl der Fälle physischer Angriffe und Bedrohungen von Tätern mit einem muslimischen Hintergrund ausging.

Während diese Übergriffe jedoch in der Regel von Einzelpersonen in ad-hoc-Situationen ausgingen, ist das Klima, welches von organisierten antiisraelischen Events ausgeht, ein besonders aggressiv-dämonisierendes und von teils derbem Antisemitismus geprägt. Abgesehen von vernichtungsantisemitischen Sprechchören und die Shoah relativierenden Sujets der Teilnehmer taten sich besonders die hauptsächlich aus dem linksextremen, antiimperialistischen Milieu stammenden Organisatoren mit radikalen Statements hervor; neben den bereits im Halbjahresbericht aufgelisteten Beispielen gab es in weiterer Folge noch mehr offen antisemitische Äußerungen von Personen der sogenannten „Palästina Solidarität Österreich", einem Verbund mehrerer, sich teils organisatorisch wie personell überscŸeidenden Gruppierungen, deren Führungsriege der antisemitischen BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen gegen Israel) zuzurecŸen ist. Hier ergeht sich ein Hauptakteur dieses Bündnisses in wirren Verschwörungsfantasien mit Israelbezug; ein Mitstreiter führt die Vergiftungsfantasien seines Vaters fort, die Letzterer auf einer früheren öffentlichen Kundgebung dargelegt hatte.

Diese Aktivisten aus dem antiimperialistischen Lager sind – ganz in der Tradition einer themenbezogenen Querfront – auch bei Protesten gegen die Coronamaßnahmen aktiv, und finden sich dabei nicht nur inhaltlich, sondern zuweilen auch physisch Seite an Seite mit Rechtsextremisten wieder.

3. 2. Ein weiteres Jahr im Zeichen der Pandemie

Hier setzen sich die Beobachtungen aus dem ersten Halbjahr fort: Mit jeder Verschärfung von Coronamaßnahmen infolge steigender Infektionszahlen und Hospitalisierungen geht auch ein markanter Anstieg des Antisemitismus mit Coronabezug einher. So geschehen in den Monaten März bis Mai (Beginn der Impfkampagne in Österreich) und vor allem im Herbst. Insbesondere der Monat November stellte alles bislang Dagewesene in den Schatten. Hier waren der erneute Lockdown sowie die Verkündung einer geplanten Impfpflicht ausschlaggebend.

Bei den gemeldeten Sujets wurden bewusst Versatzstücke aus dem nationalsozialistischen Kontext verwendet. Die schon 2020 kreierten „Judensterne" sowie „Impfen macht frei"-Varianten wurden durch weitere Vergleiche mit der Judenverfolgung der Nazis ergänzt. Amtierende Politiker wurden mit NS-Massenmördern verglichen (z. B. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein mit Josef Mengele), Einschränkungen für Ungeimpfte oder auch Eintrittstests mit dem Schicksal von vom NS-Regime verfolgten Jüdinnen und Juden gleichgesetzt, beispielsweise Impfnachweise den NS-Kennkarten für Jüdinnen und Juden gegenübergestellt.

Wie sich die Schwerpunkte dieser Kampagnen im Jahresablauf verlagert haben, lässt sich am Jahresverlauf der Subkategorien gut erkennen: Während sich der Beginn der Impfungen mit einem neuartigen Vakzin und Israel als medial gepriesenem Vorreiter bei der Impfkampagne besonders gut für antisemitische Verschwörungsmythen eignete, verschob sich der Fokus gegen Ende des Jahres mit der Ankündigung der Impfpflicht in Österreich auf massenhafte Vergleiche und Gleichsetzungen der jeweiligen Maßnahmen mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus. Hier waren der „Kreativität" und Sujetvielfalt kaum Grenzen gesetzt, wie einige Beispiele im vorliegenden Bericht und jenem zum 1. Halbjahr veranschaulichen.

Es geht bei diesen auch inhaltlich vollkommen absurden, die Shoah relativierenden Vergleichen nicht nur um ein zutiefst verletzendes Verhalten den Überlebenden der Naziverbrechen sowie deren NacŶommen gegenüber; wir erkennen darin auch eine Gefahr hinsichtlich einer Desensibilisierung gegen diese Verbrechen, welche auch geeignet ist, jahrzeŸtelange Errungenschaften im Bereich der Gedenkarbeit zu sabotieren. Dies ist sicherlich auch Ziel jener Akteure, welche vor allem im rechtsextremen bis neonazistischen Milieu zu verorten sind. Deren arglistige Bestrebungen in diesem Bereich sind praktischerweise auch Mittel zum Zweck der seit dem Zweiten Weltkrieg praktizierten Selbstentlastung, einem wesentlichen Element des Sekundären Antisemitismus.

Ein sicherlich nicht unbeträchtlicher Teil der diese antisemitische Symbolik übernehmenden und replizierenden Menschen tut dies oft in unreflektierter Weise und nicht selten oŸe böswillige Intention; sie werden dennoch für die Bestrebungen strategisch handelnder Aktivisten mit radikalem Hintergrund geschickt missbraucht. Diese verstehen es, bisweilen legitime Ängste, Anliegen, Frustrationen beziehungsweise generell Emotionen zu kanalisieren. Der laufend adaptierte Einsatz einer Propagandastrategie, die spezifisch auf den seinerseits stark polarisierenden und emotionalisierenden Themenkomplex Nationalsozialismus abzielt, heizt die Gefühlslage nochmals an.

Wie schon 2020 taten sich auch diesmal die selben bekannten Personen rund um Szenegrößen aus dem organisierten Neonazismus sowie Rechtsextremismus besonders hervor, wenn es um organisatorische Belange rund um Demonstrationen ging; auch waren sie mitsamt Schlägertrupps aus der Fußball-Hooliganszene an vorderster Front dabei, wenn es zu Scharmützeln mit der Exekutive kam. Es ist auch diese aktive Suche nach Konfrontation gewaltbereiter Rechtsradikaler, welche die IKG Wien mehrmals dazu bewegt hat, Sicherheits-

hinweise an ihre Mitglieder zu versenden, so wie dies etwa auch im Vorfeld antiisraelischer Kundgebungen im Mai erfolgt war.

Dass Rechtsextremismus in Österreich in den vergangenen eineinhalb Jahren zum Großteil mit den Corona-Protesten in Zusammenhang gebracht wurde, soll nicht davon ablenken, dass die Szene auch sonst ein besonderes Gefahrenpotenzial birgt. Es sei etwa darauf hingewiesen, dass in den vergangenen eineinhalb Jahren mehrere speziell der Neonazi-Szene zuzurecŸende Waffenlager ausgehoben wurden, wobei sich die Ermittlungen auch auf Deutschland erstreckten.

Laut Innenministerium ist die Zahl rechtsextremer Straftaten im Jahr 2021 stark gestiegen. So wurden 1.053 Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund registriert, 2020 waren es noch 895 gewesen. Von diesen 1.053 Straftaten waren 816 explizit rechtsextreme Tathandlungen (2020: 697), 66 rassistische (2020: 104), 52 antisemitische (2020: 36) und neun islamfeindliche Straftaten (2020: 16). Dabei beziehen sich die vorliegenden absoluten Werte auf einen verhältnismäßig kleinen Anteil von Jüdinnen und Juden in der Gesamtbevölkerung (12.000 – 15.000 Personen).

Auch die jüngste Kriminalstatistik für das Jahr 2021 belegt hier Radikalisierungstendenzen; wurden im Jahr 2019 noch 1.388 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz gelegt, so sprang diese Zahl 2021 auf 1.671 hoch. Auch hier wird der Zusammenhang mit der Pandemie angesprochen, sowie die „enge Vernetzung zwischen der Szene der Corona-Maßnahmengegner und alten und neuen Rechtsextremisten“.

ErwäŸenswert ist an dieser Stelle auch ein Konzept zur Antisemitismus-Schulung für alle Polizistinnen und Polizisten in Österreich, welches im November 2021 vom damaligen Innenminister und nunmehrigen Bundeskanzler Karl Nehammer, IKG-Präsident Oskar Deutsch sowie dem Bildungsexperten Daniel Landau präsentiert wurde. Erste erfolgreiche Schulungen fanden bereits in mehreren Bundesländern, darunter Wien und Salzburg, statt und beinhalteten LIKRAT-Begegnungen.

Begrüßenswert ist auch der Umstand, dass die österreichische Justiz nun auch gegen eine zutiefst verletzende Ausdrucksform der Shoah-Relativierung vorgeht, nämlich der Verwendung sogenannter „Judensterne“ im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. So wurden im März in Wien erstmalig zwei Männer zu bedingten Freiheitsstrafen wegen gröblicher Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermordes oder anderer NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Auch wurde die im Kampf gegen Antisemitismus entscheidende Bedeutung zukommende IHRA-Definition von weiteren Körperschaften übernommen, wobei vor allem der Breitensport Fußball – mit seinen im Bereich Rechtsextremismus und Antisemitismus oftmals problematischen Fanszenen – hervorzuheben ist: So nahmen der Österreichische Fußballbund, die Österreichische Bundesliga und der FK Austria Wien die Arbeitsdefinition an. Es ist zu hoffen, dass weitere Vereine und Institutionen mit Breitenwirkung diesem Beispiel folgen.

International wurde die Definition im Jahr 2021 von mehr als 200 Institutionen übernommen.

Vielversprechend sind die jüngsten „Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus“ des Europäischen Rates, welcher explizit Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus unterscheidet und hervorhebt.

Dabei werden konkrete Forderungen an die Mitgliedstaaten gestellt. Im Rahmen der bis Ende 2022 auszuarbeitenden „Aktionspläne und Strategien“ sollen neben der Förderung

von „Bildung und Ausbildung“ der Bekämpfung von „illegalen Hassreden im Internet“ auch „Meldung und die Ermittlungen“ gefördert werden, beziehungsweise ist festgeschrieben,

> „Opfer und Zeugen rassistischer und antisemitischer Vorfälle zu deren Meldung zu ermutigen, sicherzustellen, dass diesen Meldungen nachgegangen wird, und erforderlichenfalls Unterstützung – auch psychologischer, sozialer und materieller Art – bereitzustellen“.

Auch „werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass nationale Koordinatoren, öffentliche Stellen, Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung von Präventivmaßnahmen und der Bewertung ihrer Wirksamkeit eng zusammenarbeiten“. Hierbei sollen „die Mitgliedstaaten, die öffentlichen Stellen und Einrichtungen, die lokale Behörden und die Organisationen der Zivilgesellschaft auch finanziell“ unterstützt werden.

3. 3. Hohes Meldeaufkommen – Große Herausforderung

Generell waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Antisemitismus-Meldestelle der IKG 2021 mit einer regelrechten Flut an Meldungen konfrontiert, sei es via Meldeformular oder per Hinweis auf Social Media. Ein überdurchscẎittlich hoher Anteil bezog sich auf den Onlinebereich beziehungsweise Social Media. Hierbei soll Folgendes festgehalten werden:

- die Meldestelle sucht per Selbstdefinition nicht aktiv nach antisemitischen Inhalten, sondern ist hier auf Betroffene, Zeuginnen, Zeugen und die allgemeine ÖffentlicẎeit angewiesen.

- Auch werden ausschließlich Fälle mit Österreichbezug berücksichtigt; Meldungen, die sich auf andere Staaten beziehen (sprachlich bedingt zumeist Deutschland), werden an die jeweiligen Stellen verwiesen (im Fall Deutschlands an RIAS).

- Selbstverständlich werden nicht alle gemeldeten Fälle automatisch als antisemitisch eingestuft. Während sich die Zahl dieser Fälle im Jahr 2020 im niedrigen dreistelligen Bereich befand, explodierte sie 2021 sprichwörtlich auf ein Vielfaches. Dies betraf besonders die Bereiche Verschwörungsmythen und israelbezogener Antisemitismus. So wie nicht jede Verschwörungstheorie als antisemitisch eingestuft wird, ist nicht jede noch so untergriffige Beschimpfung des Staates Israel antisemitisch. Hierbei wird stets die IHRA-Definition als Maßstab herangezogen.

- Bedingt durch die Explosion an antisemitischen Posts in einschlägigen, teils sehr reichweitenstarken Gruppen (z. B. auf Telegram, Facebook) kommt es oftmals zur mehrfachen Meldung desselben Sujets; analog zur Zählweise von antisemitischen Postings in Onlineforen (wo auch Dutzende antisemitische Kommentare zu einem zusammengefasst werden) wird hier jedes Sujet als nur ein Vorfall gezählt.

An dieser Stelle wollen wir noch explizit jenen **Journalistinnen** und **Journalisten sowie Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft** (welche wir möglichst oft auf Social Media verbreiten und in Berichten verlinken) danken, die sich oft massiv exponieren, um Vorkommnisse rund um Demonstrationen zu dokumentieren, und deren Arbeit sich in vielen gemeldeten Vorfällen wiederfindet; dabei wurden sie 2021, mehr als noch 2020, gezielt von Neonazis und Rechtsextremen bedrängt und oft auch attackiert.

4. Kategorisierung antisemitischer Vorfälle und Beispiele

Ein wesentlicher Bestandteil der Erfassung, Analyse und Verbreitung antisemitismusbezogener Daten ist die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle. Seit zwei JahrzeŸten machen unterschiedliche EU-Institutionen die hierbei fehlende Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene als wesentliches Problem im Kampf gegen Antisemitismus aus und streben folgerichtig eine Homogenisierung an.

Zu diesem Zweck veröffentlichte man Richtlinien zur Kategorisierung antisemitischer Vorfälle, welche ihrerseits maßgeblich vom diesbezüglich besonders erfahrenen CST geprägt waren.[1] Deren Kategorien und Begriffsbestimmungen sollten – so die Empfehlung – „so weit als möglich" übernommen werden.

Zum heutigen Zeitpunkt haben nur die „Antisemitismus-Beobachtungsstelle" in Italien[2] (mit leichten Anpassungen), sowie die in Deutschland beheimatete RIAS diese Empfehlungen übernommen und übersetzt; letztere setzt diese seit nunmehr sieben Jahren in der Antisemitismusarbeit ein. Die Antisemitismus-Meldestelle der IKG kooperiert hierbei insbesondere mit RIAS. Eine weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit ist im Entstehen begriffen.

Die Übernahme der Kategorien und BegriffsbezeicŸungen gemäß EUMC-Richtlinie für die Antisemitismusarbeit in Österreich im Jahr 2019 soll einen weiteren Schritt in den internationalen Bestrebungen im Kampf gegen Antisemitismus darstellen.

Im folgenden AbscŸitt sollen die Kategorien erläutert und anhand einiger Beispiele aus dem vergangenen Jahr nähergebracht werden. Auf weitere Details zur Methodik der Arbeit der Antisemitismus-Meldestelle sowie den internationalen Kontext soll im entsprechenden AbscŸitt (ab Seite 18) eingegangen werden.

Hinweis: Bereits der Halbjahresbericht 2021 enthält ab Seite 4 mehrere Beispiele der ersten sechs Monate des vergangenen Jahres, welche sich aufgrund der außergewöhnlich turbulenten Begebenheiten rund um den Monat Mai schwerpunktmäßig mit israelbezogenem Antisemitismus auseinandersetzen.

4. 1. Angriff

Jegliche Form des physischen Angriffs auf Menschen und Gebäude, mit oder ohne Waffen. Auch der erfolglose Versuch eines Angriffs (sei es, weil das Opfer sich zur Wehr setzte oder flüchten konnte) wird unter dieser Kategorie erfasst. Selbiges gilt für das Werfen von Gegenständen in Richtung von Personen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen. (Die EUMC-Richtlinie, CST und RIAS kennen als Steigerungsform noch die Kategorie „Extreme Gewalt". Wir betrachten die Differenzierung zwischen Letzterer und „Angriffen" in Österreich als nicht zweckmäßig. Siehe hierzu auch Abschnitt „Antisemitismusarbeit auf internationaler Ebene")

> **Juni:** Eine Gruppe von an ihrer Kleidung als jüdisch erkennbaren Personen (hauptsächlich Frauen und Kinder) überqueren die Salztorbrücke in Wien, als ein Mann und eine Frau von hinten an ihnen vorbeigehen. Eines der Kinder geht hinter seiner Mutter, als es plötzlich aufschreit; der Mann hatte den Jungen mit Gewalt gestoßen, und als die Mutter den Mann ansah, warf er ihr einen als „hasserfüllt" beschriebenen Blick entgegen und ging mit der Frau weiter.

1 EUMC – Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 – 2003, S. 343

2 Antisemitismusbericht Italien 2021, S. 30

Juli: Vater und Sohn – beide aufgrund ihrer Kleidung und ihrer Schläfenlocken als jüdisch erkennbar – sind im 2. Wiener Gemeindebezirk unterwegs, als ihnen ein ältererer Mann entgegenkommt. Er geht direkt auf das neunjährige Kind zu, rempelt es mit voller Wucht an und schlägt ihm den Hut vom Kopf. Vater und Sohn gehen weiter, als sei nichts geschehen. Eine Zeugin geht zu den beiden, fragt den Jungen, ob alles in Ordnung sei, was den älteren Mann dazu veranlasst, sie derb zu beschimpfen. Er verschwindet daraufhin in einer Seitengasse.

Oktober: Sechs junge Männer im Alter von ca. 16 bis 25 Jahren bewerfen eine zu dem Zeitpunkt in Betrieb stehende Synagoge im 20. Bezirk in Wien vom gegenüberliegenden Haus mit Steinen und anderen Gegenständen, schreien dabei „Allahu Akhbar!“. Bei Eintreffen der herbeigerufenen Polizei versuchen die Täter zu fliehen; ein Sicherheitsmitarbeiter der IKG kann einen der Täter ordnungsgemäß an der Flucht hindern, die Polizei führt ihn ab.

4. 2. Bedrohung

Konkret formulierte Androhung physischer Gewalt gegen jüdische beziehungsweise als jüdisch wahrgenommene Personen oder Einrichtungen; die Drohung ist zielgerichtet und kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen. Ebenfalls als Bedrohung kategorisiert werden Bombendrohungen gegen sowie Bombenattrappen bei jüdischen Einrichtungen.

Juli: Zu Beginn der Sommerferien fährt eine Gruppe von Kindern einer jüdischen Schule (allesamt anhand ihrer Kleidung als jüdisch erkennbar) zum Motorikpark im 22. Bezirk in Wien. Dort befindet sich unter anderem eine weitere Gruppe, bestehend aus mehr als einem Dutzend 13- bis 14-jähriger männlicher Jugendlicher. Diese schreien ihnen lautstark „Free Palästina!“ entgegen. Einer der Jugendlichen holt aus seiner Tasche eine türkische Flagge heraus und schwenkt sie mehrmals vor den jüdischen Schulkindern. Um der bedrohlichen Situation aus dem Weg zu gehen, weichen die Betreuer mit der jüdischen Gruppe in einen anderen Teil des Parks aus. Auf der Rückfahrt trifft dieselbe Gruppe am Kagranerplatz auf zwei junge Männer nahöstlichen Aussehens, welche die Kinder beim Vorbeigehen ebenfalls mit „Free Palestine!“ anschreien.

Oktober: Ein aufgrund seiner Kleidung als jüdisch erkennbarer Mann ist im 2. Bezirk in Wien unterwegs, als ein Passant ihm von der gegenüberliegenden Straßenseite mit ausländischem Akzent zuschreit: „Scheiß Jude, ich steche euch alle ab, ihr Hunde!“ Er verfolgt den jüdischen Mann noch eine Minute lang, verschwindet dann laut in einem Hauseingang.
Der Vorfall wurde von einem ebenfalls jüdischen Zeugen gemeldet.

November: Ein aufgrund seiner Kippah als jüdisch erkennbarer Mann verlässt am Abend seine Wohnung im 2. Wiener Bezirk Richtung Synagoge, als er im Hausflur (welcher wegen eines defekten Haustors frei zugänglich ist) drei junge Männer und zwei junge Frauen im Alter von 16 bis 18 Jahren antrifft. Diese essen dort Fast Food in Essensboxen und unterhalten sich auf Serbisch. Im Vorbeigehen grüßt der jüdische Mann die jungen Leute und fragt sie, ob sie im Haus wohnhaft seien. Als der Hausbewohner kurze Zeit später mit zwei Familienangehörigen heimkehrt, finden diese die Speisereste und die Essensboxen der jungen Leute am Boden verstreut vor, sowie eine Beschmierung im Eingangsbereich: „Verbrent (sic!) alle Juden!!!“, daneben ein Hakenkreuz. Die Polizei wurde informiert.

Dezember: Ein Schwesternpaar unterhält sich in einem Supermarkt im 2. Wiener Bezirk auf Hebräisch, als ein Mann ihnen etwas auf Arabisch zuruft. Sie ignorieren

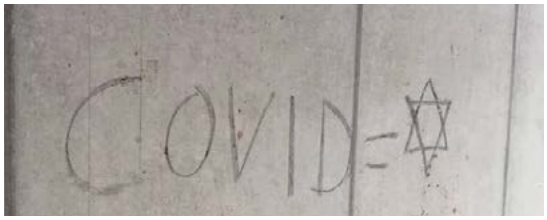
ihn zuerst, doch kurz darauf begegnen sie ihm abermals; dabei gafft er sie mit aufgerissenen Augen an, macht mit der Hand eine Geste als würde er ihnen den Hals aufschneiden wollen und sagt dabei: „We will kill all Jewish people!“ Die beiden Frauen entfernen sich schnell.

4. 3. Sachbeschädigung

Nicht lebensbedrohlicher Übergriff auf ein Objekt. Als Sachbeschädigung gelten hierbei auch Beschmierungen, sowie das Anbringen von Stickern und Plakaten.

Hinweis: Im Unterschied zu CST und RIAS werden in dieser Kategorie nicht nur jene Sachbeschädigungen erfasst, welche sich gegen Objekte richten, die sich in jüdischem Besitz befinden, als solche wahrgenommen werden oder sonstwie mit dem Judentum, Israel oder der Shoah in Verbindung gebracht werden können, sondern auch jene, welche nicht diesen Kriterien entsprechen (z. B. Davidsterne und antisemitische Beschimpfungen auf Wahlplakaten).

Oktober: Antisemitische Beschmierung in Niederösterreich



November: Antisemitische Beschmierung in Wien

November: Beschmierung „Yahodi“ (Jahudi = türkisch/arabisch, abfälliges Wort für „Jude“) mit verkehrtem Hakenkreuz, im 20. Bezirk in Wien.

Oktober: Antisemitische Beschmierung in Wien

November: Am 9. November (Jahrestag der Novemberpogrome 1938) wird folgende Beschmierung im 16. Bezirk in Wien entdeckt.

4. 4. Verletzendes Verhalten

Antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften; diese können verbal (von Angesicht zu Angesicht, telefonisch) oder schriftlich (Brief, E-Mail, Onlinemedien, andere elektronische Kommunikationskanäle) erfolgen und sind an eine spezifische Person oder Institution gerichtet.

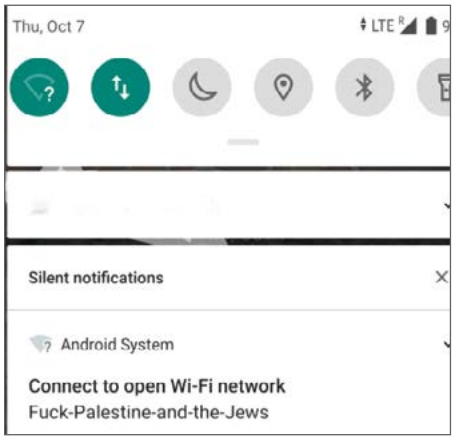
Hinweis: Um eine Verzerrung der Statistik zu vermeiden, wird bei antisemitischen Postings im Onlinebereich die Gesamtheit aller Kommentare zu einem Beitrag (Nachrichten oder Social Media) zu einem einzelnen Vorfall zusammengefasst. In einigen Fällen enthält ein Diskussionsforum oder ein Social Media Thread mehrere Dutzend antisemitische Kommentare.

Juli: Die Meldeperson wartete am kurz zuvor neu benannten Marko-Feingold-Steg in Salzburg auf jemanden, als ein älterer Herr an ihr vorbeigeht und sie fragt, was sie vom neuen „Judensteg" halte und ob „jetzt die Juden wieder die Herrschaft übernehmen" würden. Anschließend verabschiedete er sich mit „Heil Hitler". Sie meldete den Vorfall der Polizei, die jedoch erklärte, dass man hier nichts machen könne.

August: Eine aufgrund der Bekleidung der Kinder als jüdisch erkennbare Schulgruppe ist in der Wiener U-Bahn Linie U1, als ein Mann unmittelbar vor der Gruppe zweimal den Arm zum Hitlergruß erhebt. Eine der Begleitpersonen schafft sogleich Raum zwischen den Kindern und dem Mann, fotografiert diesen, kontaktiert die Polizei und sichert auch Telefonnummern von anwesenden Zeugen. Dies veranlasst den Missetäter, bei der folgenden Station den Zug zu verlassen.

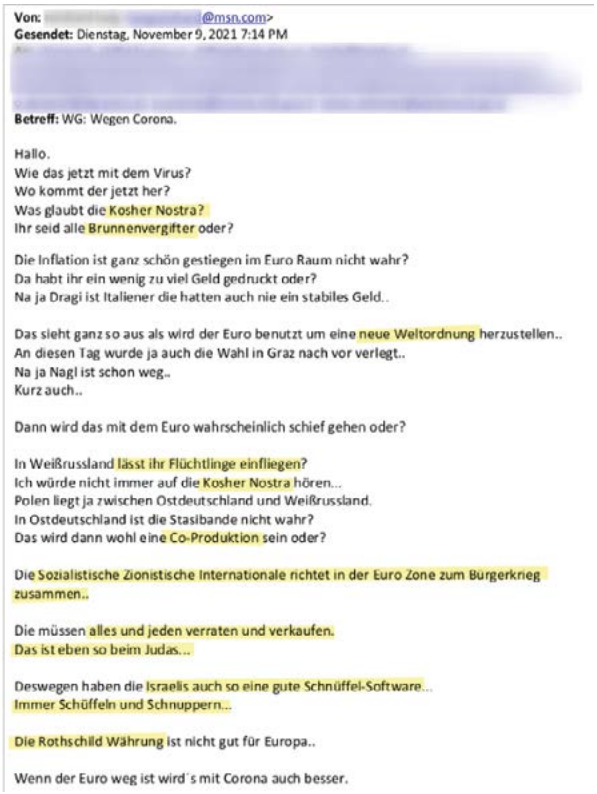
Oktober + November: Im 9. Bezirk in Wien werden zwei WLAN gemeldet, deren Nutzer die Namen der Netzwerke auf „Allah ist gross Juden klein" beziehungsweise „Fuck Palestine and the Jews" geändert haben.

Antisemitische Kommentare unter einem Bericht über Kritik des IKG-Präsidenten an früheren Äußerungen des neu bestellten Innenministers



4. 5. Massenzuschriften

Hierbei handelt es sich um schriftliche antisemitische Inhalte, die an mindestens zwei Adressatinnen bzw. Adressaten gerichtet sind, beziehungsweise generell auf einen breiten Empfängerkreis abzielen. Dazu gehören Publikationen (online wie offline, z. B. Zeitungen, Magazine, Blogs), an mehrere Empfänger und Empfängerinnen versandte Schreiben (Briefe, E-Mails), sowie die letzten beiden Medien zunehmend verdrängenden Social-Media-Plattformen.



Von: [redacted]@msn.com>
Gesendet: Dienstag, November 9, 2021 7:14 PM
[redacted]
Betreff: WG: Wegen Corona.

Hallo.
Wie das jetzt mit dem Virus?
Wo kommt der jetzt her?
Was glaubt die Kosher Nostra?
Ihr seid alle Brunnenvergifter oder?

Die Inflation ist ganz schön gestiegen im Euro Raum nicht wahr?
Da habt ihr ein wenig zu viel Geld gedruckt oder?
Na ja Dragi ist Italiener die hatten auch nie ein stabiles Geld..

Das sieht ganz so aus als wird der Euro benutzt um eine neue Weltordnung herzustellen..
An diesen Tag wurde ja auch die Wahl in Graz nach vor verlegt..
Na ja Nagl ist schon weg..
Kurz auch..

Dann wird das mit dem Euro wahrscheinlich schief gehen oder?

In Weißrussland lässt ihr Flüchtlinge einfliegen?
Ich würde nicht immer auf die Kosher Nostra hören...
Polen liegt ja zwischen Ostdeutschland und Weißrussland.
In Ostdeutschland ist die Stasibande nicht wahr?
Das wird dann wohl eine Co-Produktion sein oder?

Die Sozialistische Zionistische Internationale richtet in der Euro Zone zum Bürgerkrieg zusammen..

Die müssen alles und jeden verraten und verkaufen.
Das ist eben so beim Judas...

Deswegen haben die Israelis auch so eine gute Schnüffel-Software...
Immer Schöffeln und Schnuppern...

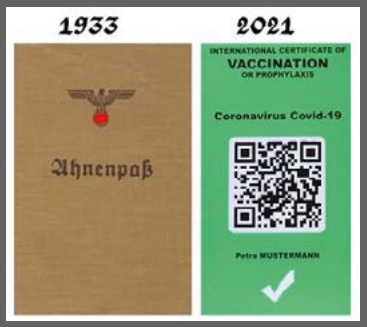
Die Rothschild Währung ist nicht gut für Europa..

Wenn der Euro weg ist wird´s mit Corona auch besser.

November: Am 9. November (Gedenktag an die Novemberpogrome) wird folgender Brief an mehrere Empfänger versendet.

4. 5. 1. Fallbeispiel: Coronabezogener Antisemitismus.

In AnleŸung an das entsprechende Unterkapitel im letzten Jahresbericht und um die bereits oben angesprochene und sich in der Statistik widerspiegelnde kurzfristige Anpassungsfähigkeit dieser Form des Antisemitismus darzulegen, hier einige Beispiele:



Pro Austria
Anscheinend wiederholt sich die Geschichte.
Netzfund!
Zitat eines ungarischen Juden aus dem Dokumentarfilm "Die letzten Tage":
"Die Leute fragen sich,
"wie kommt es, dass wir nichts getan haben".
Wir sind nicht weggelaufen, wir haben uns nicht versteckt.
Nun, die Dinge geschahen nicht auf einmal.
Die Dinge passierten sehr langsam.
Jedes Mal, wenn ein neues Gesetz herauskam,
oder eine neue Einschränkung, sagten wir:
"Nun, nur eine weitere Sache.
Das wird schon wieder vorbeigehen".
Als wir den gelben Stern tragen mussten,
um draußen zu sein, begannen wir uns Sorgen zu machen".
Erich Reder
Zur schmerzvollen Erinnerung. Daher wehret den Anfängen!

Maria hat einen Beitrag geteilt.
75 Jahre nach Mengele, führt eine Regierung, wieder medizinische Experimente an der Bevölkerung durch.
Mengele 1944
MÜCKE 2021
Die Geschichte wiederholt sich Es ist zum kotzen was die Beidifamilie mit dem Volk aufführt

Raimund hat einen Beitrag geteilt.
I need to see your papers, please.
HEALTH PASSPORT
COVID-19
Erich Honecker
In Österreich gibt es offenbar kein Geschichtsunterricht
#LockdownFürUngeimpfte

Gefällt mir · Antworten · 1 Std.
Gabriela
Uns wird's leider Viel Schlimmer Ergehn
Gefällt mir · Antworten · 43 Min.

QAnon Austria
12.6K Abonnenten
Angeheftete Nachricht #2
Freunde der Freiheit, da ich einige E-Mails erhalten
Ahnenpaß
Was ist der AHNENPASS ?
Dies ist ein AHNENPASS (Reisepass) - wurde 1933 in Deutschland eingeführt und galt als Vorläufer des Holocaust.
1/2
Teilen Teilen Teilen
Denkt dran, denkt selbst
Glaubt wenig
Hinterfragt alles
Recherchiert selbst
Lernt die Wahrheit
Zieht eure eigenen Schlüsse
Android-App #unzensiert:
QAnon Austria
12.6K Abonnenten
Angeheftete Nachricht #2
Freunde der Freiheit, da ich einige E-Mails erhalten ha.
2/2
Es war der erste legale Versuch der REGIERUNG, zu definieren, wer arisch und wer jüdisch war.
Im öffentlichen Dienst durften nur Arier arbeiten – Anwälte, Lehrer, Ärzte, und man musste sogar einen Ahnenpass haben, um zur Schule zu gehen oder zu heiraten.
Es musste immer mitgeführt und gezeigt werden, wenn es zum Nachweis der arischen Abstammung erforderlich war.
Menschen verloren ihre Arbeit, konnten keine Schule besuchen, konnten ohne den PASS nicht frei leben.
WENIGER ALS 5 JAHRE
• Es war der erste Schritt und die Leute haben ihn akzeptiert.
• In weniger als 5 Jahren wurde es zu "Dob in deinem Nachbarn", gelber Stern und Leute zusammengetrieben und in Lager gebracht.
Wie mitschuldig werden Sie sein, wenn Pässe eingeführt werden ?
Heute in Israel
(der grüne Pass wurde entfernt, wenn kein Jab 4 vorhanden ist !)
Merkt Ihr was ? ? ?

Mustafa hat einen Beitrag geteilt.
Gesundheitspaß
Historische Information!
Ich bin den Menschen dankbar, die noch Zeugnisse aus einer Zeit haben, die nie hätte in Vergessenheit geraten sollen.
Und nun stehen wir wieder an der selben Kreuzung.
"Der Inhaber hat den Pass, stehts bei sich zu führen"!
Mustafa
Hallo Türkise und Grünspechte. Das gab es schon einmal und das ist ein geschichtliches Dokument. Der kleine Unterschied: Damals musste man sich nicht x mal stechen lassen.
Und speziell für die Faktengurus. Das könnt ihr löschen und mich sperren, es wird euch nichts nutzen. Das ist und bleibt die Wahrheit.

Edwin
Die Juden durften nicht mehr in die Gastronomie.
Juden waren damals Menschen zweiter Klasse.
Sehr viele von den Tätern wurden danach verurteilt, das auch richtig war.
Bis zum Sonntag konnte ich mir dies nicht mehr vorstellen, das eine Regierung eine Gruppe von Menschen aussperren von einen Restaurant.
1938 warns die Juden und 2021 sind es die ungeimpften.
Danke Herr Kogler und unserer Regierung
Gefällt mir · Antworten · 4 Std.
9

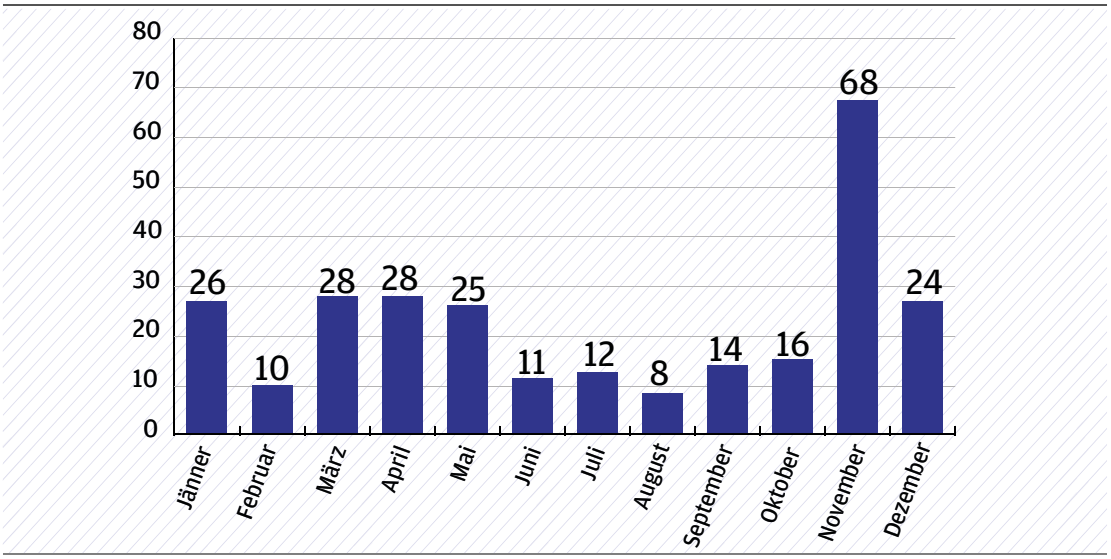
Spencer · None of this is normal @TheResetRevolt · 18h
Replying to @karlnehammer and @vanderbellen
'Sikh For Truth'. @SikhForTruth · 20h
"Every citizen, every person living in Austria must be aware that they can be checked by the police at any time. We will check if they have been vaccinated and the reason for entering public spaces." - Austrian Interior Minister - Karl Nehammer #Austria.

5. Subkategorien

Abgesehen von den Hauptkategorien sammelt die Antisemitismus-Meldestelle auch darüber hinaus reichende Daten. Nachstehende Analyse von Subkategorien erscheint hierbei besonders interessant und aufschlussreich.

5. 1. Antisemitismus mit Coronabezug

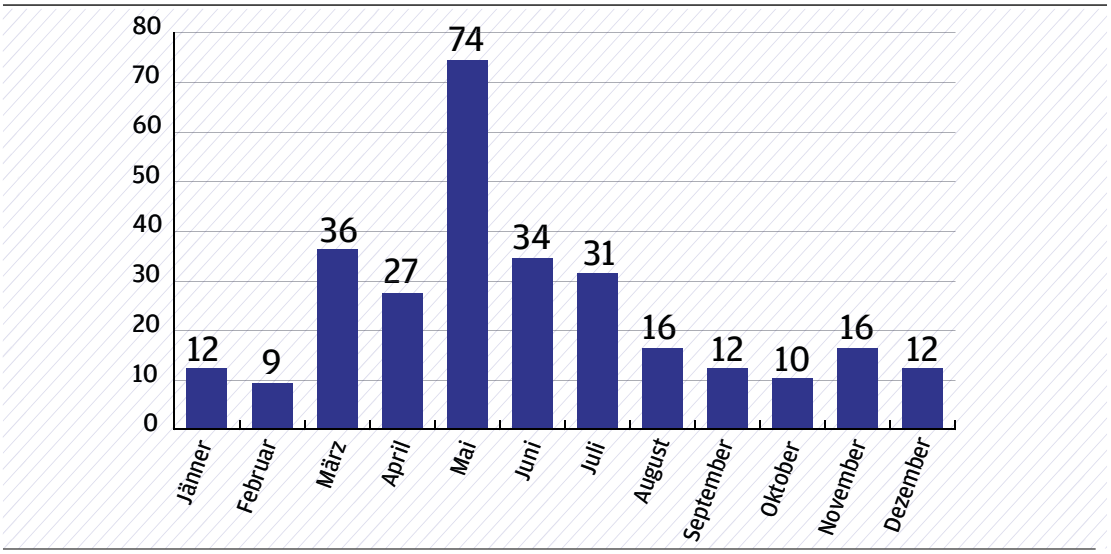
2021: 270 Fälle von Antisemitismus mit Coronabezug



Diese für den Berichtszeitraum 2020 ad-hoc eingeführte Subkategorie tritt nicht im Vakuum auf, sondern stets im Verbund mit Verschwörungsmythen und/oder Shoah-Relativierung und/oder mit dem Thema Israel.
Der sprunghafte Anstieg im Monat November (erneuter Lockdown, Verschärfung der Eintrittsregeln für Ungeimpfte) überschattet das im Vergleich zum Vorjahr generell erhöhte Grundniveau; im Jahr 2020 wurde der mit Abstand höchste Wert im Dezember verzeichnet (20 Vorfälle).

5. 2. Israelbezogener Antisemitismus

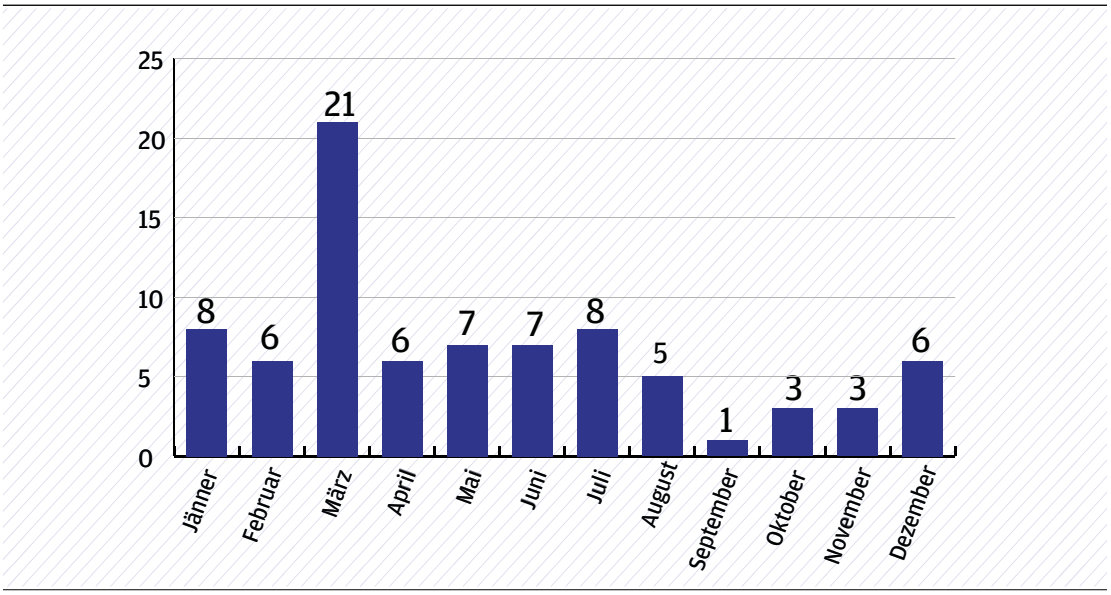
2021: 289 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus



Der Spitzenwert bei Vorfällen von israelbezogenem Antisemitismus im Mai ist angesichts der vorhin erwähnten Ereignisse in Israel einleuchtend; dass der Trend schon im März begann, ist vor allem den oben angeschnittenen Corona-Großprotesten und dem Beginn der Impfkampagne in Österreich geschuldet; Israel war hier medial aufgrund seines als solchen betrachteten Vorreitercharakters besonders stark präsent.

5. 3. Antisemitische Verschwörungsmythen

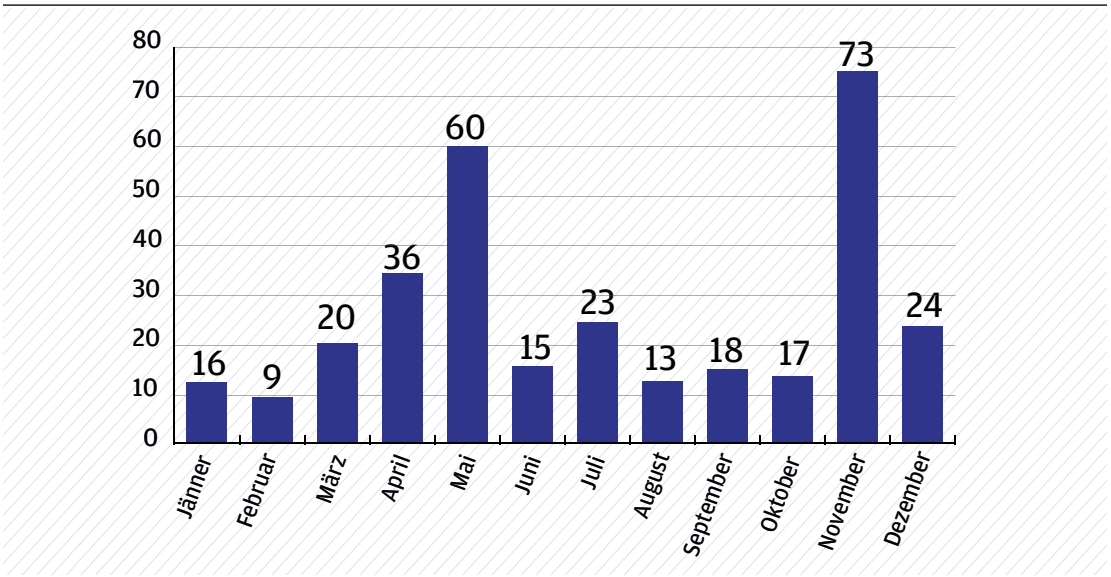
2021: 81 Fälle von antisemitischen Verschwörungstheorien



Obgleich die Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen der Bundesregierung jeweils im März sowie im November ihre Höhepunkte erreichten, führten nur die Proteste im März (Beginn der Impfkampagne) zu einem exorbitant starken Fokus auf antisemitische Verschwörungsmythen.

5. 4. Shoah-Relativierung/-Leugnung

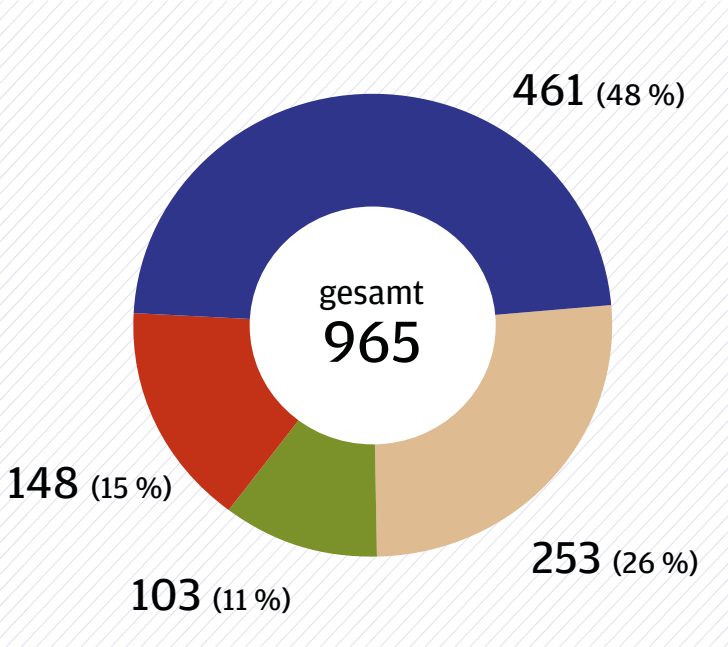
2021: 324 Fälle von Shoah-Relativierung/-Leugnung



Shoah-Relativierungen und -Leugnungen erreichten im Zuge der Corona-Großproteste im März unterdurchschnittliches Niveau, wohingegen der November zu einer absoluten Rekordzahl führte. Dazwischen erreichte diese Unterkategorie ein Zwischenhoch rund um die Eskalation zwischen palästinensischen Terrororganisationen und Israel, welche in der zweiten Aprilhälfte begannen und im Mai ihren Höhepunkt erreichten. Hier handelte es sich hauptsächlich um Vergleiche beziehungsweise Gleichsetzungen Israels mit dem Nationalsozialistischen Regime.

6. Ideologischer Hintergrund

Antisemitische Vorfälle – ideologisch motivert



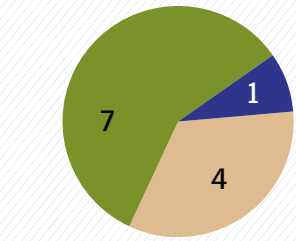
Unter **„Rechts“** fallen all jene Vorfälle, welche der politischen beziehungsweise der gesellschaftspolitischen Rechten, dem Rechtsextremismus sowie dem (Neo-)-Nazismus zugeordnet werden konnten.

Unter **„Links“** fallen all jene Vorfälle, welche der politischen sowie der gesellschaftspolitischen Linken und dem Linksextremismus mit all seinen Spielformen (z. B. der antisemitischen BDS-Bewegung und dem Antiimperialismus) zugerechnet werden konnten.

„Muslimisch“ bezieht sich auf antisemitische Vorfälle, die von Personen oder Organisationen verursacht wurden, die weltanschaulich beziehungsweise religiös dem Islamismus zuzuordnen sind.

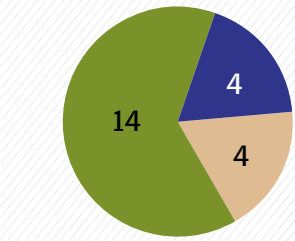
Links
Rechts
Muslimisch
Nicht zuordenbar

Angriffe



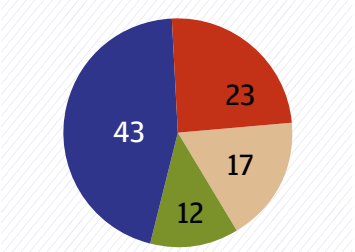
Die überwiegende Anzahl an Angriffen (7) wurde von muslimischen Tätern begangen. In einem Fall gab es einen rechten Hintergrund, bei vier weiteren Angriffen konnte der ideologische Hintergrund nicht eindeutig eruiert werden.

Bedrohungen



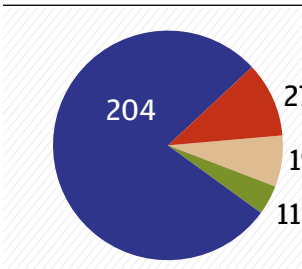
Bei Bedrohungen war der Anteil der als muslimisch eingeordneten Täter gar höher (14 von 22 Bedrohungen), während Rechts hier mit vier Vorfällen vertreten war.

Sachbeschädigungen



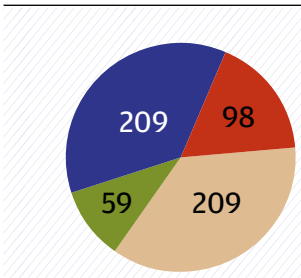
Bei Sachbeschädigungen war ein überwiegender Großteil der Fälle rechter Ideologie (43) zuzuordnen. Etwas mehr als halb so viele (23) hatten einen linken Hintergrund, für den abermals fast ausschließlich antiisraelischer Aktivismus verantwortlich zeichnete.

Massenzuschriften



Mehr als drei Viertel aller antisemitischen Massenzuschriften (204 Vorfälle) waren politisch rechts zuordenbar.

Verletzendes Verhalten



In der Kategorie „Verletzendes Verhalten“ holten die Fälle mit rechtem ideologischem Hintergrund im Vergleich zu den ersten sechs Monaten massiv auf, und waren am Ende des Jahres gleichauf mit den ideologisch nicht zuordenbaren Vorfällen (je 209).

7. Methodik

Grundpfeiler unserer Arbeitsmethodik ist die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus.

7. 1. Arbeitsdefinition Antisemitismus

Seit die 2005 von dem EUMC unter Mithilfe zahlreicher Experten, Expertinnen und Betroffener erstellte Arbeitsdefinition für Antisemitismus im Mai 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernommen wurde, findet diese eine stark zunehmende internationale Unterstützung auf unterschiedlichsten Ebenen. Darunter auch in Österreich, wo sich der Ministerrat (2017) sowie die Gemeinderäte in Wien (2018) und Graz (2019) per Beschluss zu dieser Arbeitsdefinition bekannten. Auf EU-Ebene forderte im Dezember 2018 der EU-Rat im Rahmen einer Erklärung die EU-Mitgliedsstaaten auf, die Definition ihrerseits zu übernehmen.[3] Dies, nachdem bereits im Januar 2017 EU-Kommissarin Vera Jourovà zur Unterstützung der Definition aufrief.

Obgleich rechtlich nicht bindend, ist eine derartige Definition ein unabdingbares Tool im Kampf gegen Antisemitismus. Dadurch soll jene immanent wichtige, seit jeher geforderte internationale Vergleichbarkeit erreicht werden, welche entsprechende Erkenntnisse und damit zusammenhängende, zielgerichtete Maßnahmen erst möglich macht; vor allem auf nationaler Ebene dient sie aber auch als wissenschaftlich untermauertes Arbeitswerkzeug: zuallererst für im Bereich Antisemitismus tätige Organisationen, aber potenziell auch für die Exekutive, welche naturgemäß oftmals als Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene fungiert.

An dieser Stelle soll noch einmal festgehalten werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall rechtliche Implikationen hat; ihre bestmögliche Erfassung ist jedoch notwendig, will man sich ein möglichst umfassendes Gesamtbild verschaffen, welches seinerseits fundierte Entscheidungen der relevanten Stakeholder ermöglichen soll, nicht zuletzt auch im Bereich der Antisemitismusprävention.

Alle uns gemeldeten Vorfälle werden mit dieser Definition abgeglichen, nicht alle erfüllen ihre Kriterien und finden somit keinen Eingang in die Statistik.

Hier die Definition im Wortlaut:[4]

> „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen."

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

3 Bekämpfung von Antisemitismus: Erklärung des Rates

4 IHRA

Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, oŸe darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der VorsätzlicŸeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Shoah).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, die Shoah zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christusmordes oder die Ritualmordlegende), um Juden, Judentum, Israel oder Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

7. 2. Antisemitismusarbeit auf internationaler Ebene

Wie wir schon in unseren bisherigen Berichten hervorgehoben haben, sind wir uns der besonderen Bedeutung international akzeptierter Standards bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle bewusst. Seit spätestens 2004 ist den Stakeholdern diese Problematik bekannt, auch weiterhin hat sich hier jedoch nicht viel bewegt. So beklagt auch die EU-Grundrechteagen-

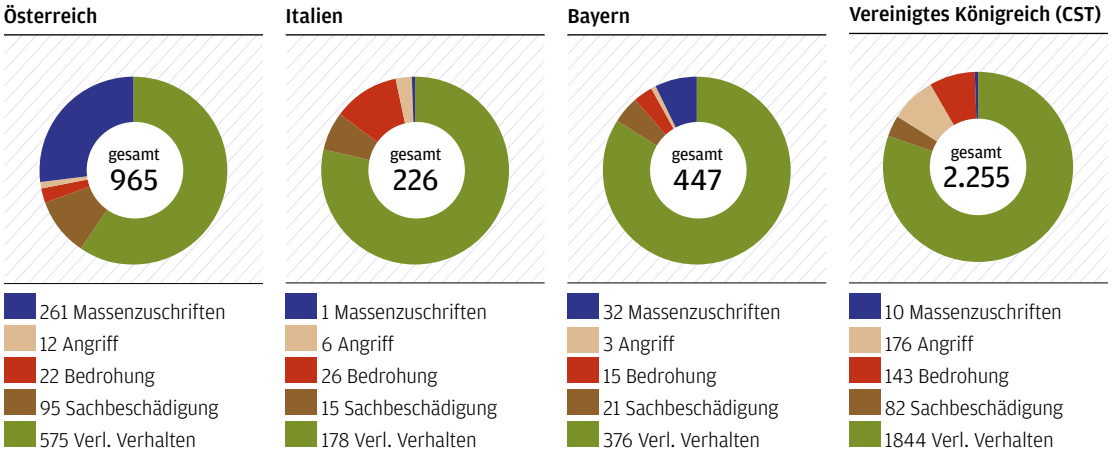
tur (FRA) in ihrem jüngsten Antisemitismus-Update vom November 2021 die mangelhafte Qualität der Daten zu antisemitischen Vorfällen, sowie deren schwere Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene, da die Art der Datenerhebung und -kategorisierung von Land zu Land verschieden ist. Dies verhindere einen sinnvollen Vergleich und verstärke die Notwendigkeit von von der FRA durchgeführten Umfragen unter Jüdinnen und Juden in den EU-Mitgliedsländern.[5] Zuletzt erschienen die Ergebnisse einer solchen Erhebung im Jahr 2019.

Obgleich wir derartige Befragungen als sinnvolles Instrument in einem Gesamtkonzept für den Kampf gegen Antisemitismus betrachten, sehen wir in iŸen nur eine Ergänzung zu einer nach allgemein anerkannten, wissenschaftlichen Kriterien und Abläufen folgenden Erfassung und Verarbeitung von antisemitischen Vorfällen. Nur aus einem solchen Prozess resultierende Daten können als Grundlage für evidenzbasierte Empfehlungen an politisch Verantwortliche dienen.

Die Antisemitismus-Meldestelle ist sich seit ihrer Gründung dieser langjährigen Problematik der fehlenden internationalen Vergleichbarkeit bewusst und hat daher nicht nur von Anfang an die IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus übernommen, sondern auch die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle von zwei in diesem Bereich Vorbildfunktion habenden Organisationen, nämlich RIAS in Deutschland und *Community Security Trust (CST)* in Großbritannien.

7. 3. Blick ins Ausland

Zu Redaktionsschluss standen für das Jahr 2021 Daten aus dem Vereinigten Königreich (CST), aus Bayern, Italien und der Schweiz zur Verfügung. Zwar gestaltet sich hier ein Vergleich aufgrund der bekannten – und weiter oben erläuterten – Heterogenität der Datenerfassung und Methodik sehr schwierig, die in Österreich beobachtbaren Trends sind jedoch auch international vorhanden, sowohl was das Thema Corona betrifft, als auch den israelbezogenen Antisemitismus. Bezüglich Letzterem kam es besonders im Vereinigten Königreich sowie in Frankreich zu einer regelrechten Welle der Gewalt. Das CST registrierte hier mit 173 Angriffen ein Plus von 78 Prozent gegenüber 2020, das SPCJ einen Anstieg von 36 Prozent bei Fällen physischer Gewalt auf 60 (davon 20 Prozent mit Waffen).



5 https://fra.europa.eu/sitehttps://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/denmark-new-antisemitism-action-plan-increase-knowledge-about-holocaust ens/default/files/fra uploads/fra-2021-antisemitism-overview-2010-2020 en.pdf, Seite 92

8. Gastkommentare

8. 1. Coronaproteste in Österreich: vom Vertrauensverlust zum Verschwörungsglauben

Dr. Bernhard Weidinger, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands

Schon wenige Monate nachdem die Pandemie Anfang 2020 Österreich erreicht hatte, fanden die ersten Protestkundgebungen gegen Art und Weise ihrer politischen Bearbeitung statt. Anfang 2021 wurden in Wien erstmals fünfstellige Teilnehmer:innenzahlen erzielt. Über die warme Jahreszeit schliefen die Mobilisierungen ein, um im Herbst – und verstärkt nach Ankündigung der Impfpflicht im November – in früherer Größe zurückzukehren bzw. diese noch zu übertreffen. Zusätzlich zu den Großdemonstrationen in Wien fanden und finden auch in den Landeshauptstädten und vielen kleineren Gemeinden immer wieder Protestmärsche von teils beachtlicher Größe statt.

Hinter dieser Mobilisierungen steht keine einheitliche Struktur, sondern eine Vielzahl an lokalen und regionalen Initiativen. Selbst die Demonstrationen in Wien bestehen stets aus mehreren Kundgebungen, die sich im Lauf des Tages zu vereinen pflegen. Eine pauschale politische Verortung ist angesichts dessen nur in groben Zügen möglich – auch wenn zentrale Figuren der Bewegung eine rechtsextreme Vita oder zumindest wenig Berührungsängste zum rechten Rand aufweisen. Die organisierte extreme Rechte ist spätestens 2021 in ihrer Gesamtheit auf den Coronaprotestzug aufgesprungen und vermochte fortan regelmäßig, das Außenbild der Demonstrationen durch Frontbanner, Kontrolle der ersten Reihen und Bespielung der Redner:innenbüẎen zu prägen. Zudem spielen rechte bis rechtsextreme „Alternativmedien“ und Social-Media-Kanäle eine wichtige Rolle in der Mobilisierung, medialen Begleitung und Nachbereitung der Proteste. Daneben sind auf den Demonstrationen auch Esoteriker:innen und jedenfalls vereinzelt linke Obskurant:innen anzutreffen.

> Auch das Phänomen der Holocaust-Relativierung ist in der Coronaprotest-Szene weit verbreitet. Üblicherweise erfolgt diese Verharmlosung nicht über das Kleinreden der NS-Verbrechen, sondern über eine völlig realitätsferne Darstellung aktueller Ereignisse, (...)

Die Masse der Teilnehmer:innen wird jedoch von (jedenfalls bis Pandemiebeginn) häufig politisch inaktiven und unorganisierten Menschen gestellt. Den kleinsten gemeinsamen Nenner liefert, neben Allerweltsphrasen wie „Friede, Freiheit, keine Diktatur“, die AbleẎung der in ihren Grundzügen von einer breiten Koalition aus Regierungsparteien, SPÖ und NEOS, Kammern, Religionsgemeinschaften etc. getragenen Coronapolitik. Charakteristisches Merkmal der Proteste ist darüber hinaus ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber „den Herrschenden“, womit nicht allein aktuell regierende Personen und Parteien gemeint sind, sondern zentrale Institutionen der österreichischen Demokratie überhaupt: Parlamente, Gerichte, Sozialpartner:innen, aber auch die sogenannten „Mainstream-Medien“.

Angesichts dessen überrascht nicht, dass sich in der Protestszene auch „alternative Wahrheiten“ – d. h. Verschwörungsphantasien – großer Popularität erfreuen. Als Leitthese fungiert dabei die Sichtweise, es handle sich bei der Pandemie um eine bloße Inszenierung, die dazu diene, lange gehegte Pläne sinisterer Hintergrundmächte umzusetzen. Mitunter werden diese

Mächte offen als jüdisch markiert, oft folgen die Erzählungen zumindest in ihrer Struktur der Blaupause antisemitischer Verschwörungsmythen: Eine kleine Gruppe vaterlandsloser Gesellen („Globalisten“) zieht im Hintergrund die Fäden, um die ganze Welt ihrer Herrschaft zu unterwerfen, die Völker als solche auszulöschen und sich selbst an Macht und Reichtum zu berauschen.

Auch das Phänomen der Holocaust-Relativierung ist in der Coronaprotest-Szene weit verbreitet. Üblicherweise erfolgt diese Verharmlosung nicht über das Kleinreden der NS-Verbrechen, sondern über eine völlig realitätsferne Darstellung aktueller Ereignisse, die mit den NS-Verbrechen auf eine Stufe gestellt werden: Ungeimpfte als „neue Juden“, impfende Ärzt:innen als „Dr. Mengeles“, die Forderung nach einem „Nürnberger Tribunal“ für verantwortliche Politiker:innen, etc. Das DÖW hat zu diesen Phänomenen auf seiner Website grundsätzlich Stellung bezogen (https://www.doew.at/neues/corona-pandemie-und-ns-verharmlosung).

8. 2. Psychische Spuren nach antisemitischen Attacken

Prim. Dr. Benjamin Vyssoki und
Dr. Susanne Schütt (ESRA)

In Österreich, wie in den meisten anderen europäischen Ländern auch, sind Jüdinnen und Juden leider zunehmend häufig mit zahlreichen Formen von Antisemitismus in unterschiedlichen Kontexten konfrontiert. Antisemitische Vorfälle ereignen sich hier quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen, im öffentlichen Raum, in der Schule, am Arbeitsplatz und selbst im unmittelbaren WoŸumfeld. Für viele Jüdinnen und Juden gibt es daher nur wenige Räume, in denen sie sicher sein können, nicht mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. In vielen Alltagssituationen müssen sie sich zwischen Konfrontation und Verdrängung, Dialog und Resignation, Bewegungsfreiheit und Sicherheit entscheiden. Angemerkt muss werden – wie rezente Taten in Österreich leider zeigten –, dass nicht ausschließlich Jüdinnen und Juden hier das Ziel dieser Übergriffe sind, sondern z. B. auch Nicht-Jüdinnen bzw. Juden, die hebräische Texte in öffentlichen Verkehrsmitteln lesen.

Antisemitische Attacken reichen von Beleidigungen, verbalen oder physischen Bedrohungen, Sachbeschädigungen bis hin zu tätlichen Übergriffen und extremer Gewalt mit folgenschweren physischen und psychischen Schäden für die Opfer. Jedoch ist bekannt, dass selbst wenn es „nur“ zu Beleidigungen im Rahmen dieser Übergriffe gekommen ist, dies bereits unmittelbare und deutliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Betroffenen haben kann, wobei diese, seitens der klinischen Ausprägung, von leichten Ängsten und Schlafstörungen bis hin zum Vollbild einer akuten Belastungsreaktion mit massiver Anspannung und Panikzuständen reicht.

Nach antisemitischen Übergriffen erscheint oft das Gefühl der inneren Sicherheit zerrüttet, insbesondere bei Vorfällen, die abrupt und nicht vorhersehbar eingetreten sind, bzw. in Situationen und Orten, an denen man sich eigentlich in Sicherheit wäŸte, wie zum Beispiel Übergriffe am helllichten Tag in öffentlichen Verkehrsmitteln mit zahlreichen Mitreisenden, die helfend einschreiten hätten müssen. In weiterer Folge werden oft bestimmte Vermeidungsstrategien angewandt, um die psychische Belastung zu mindern und potentiell angstauslösenden Situationen aus dem Weg zu gehen. Dazu zählen das Meiden bestimmter Orte oder – zumindest zeitweise – das Vermeiden von Kleidung oder Schmuck, anhand derer man in der ÖffentlicŸeit als jüdisch identifiziert werden könnte. Ebenso gehört auch der Ver-

zicht auf Schuluniformen an jüdischen Schulen, der Wechsel von Schülern und Schülerinnen von einer öffentlichen in eine jüdische Schule aufgrund von antisemitisch motiviertem Mobbing oder der Umzug in ein anderes WoŸgebiet dazu. Insbesondere für Shoah-Überlebende können antisemitische Attacken besonders belastend sein und zu Retraumatisierung führen.

Insbesondere für Shoah-Überlebende können antisemitische Attacken besonders belastend sein und zu Retraumatisierung führen.

Antisemitische Vorfälle haben Auswirkungen auf die gesamte jüdische Gemeinde – nicht nur auf die betroffene Person – da so immer wieder von Neuem an die permanente Bedrohung erinnert wird. Bei vielen Jüdinnen und Juden können daher die Unsicherheit, die Sorge, dass sie selbst oder ihre Familienangehörigen Opfer von antisemitischen Angriffen werden könnten sowie auch die stetige Wachsamkeit zu Erschöpfung, erhöhtem Stress, Depression, Angstzuständen oder Panikattacken führen und nicht nur das psychische, sondern auch das physische Wohlbefinden nachhaltig beeinträchtigen. Insbesondere wenn die „sicheren Bereiche“ immer kleiner werden, sich nur noch auf den eigenen WoŸbereich erstrecken und selbst kurzes Verlassen der WoŸung für alltägliche Erledigungen zu starken Angstzuständen führt.

Bei antisemitischen Übergriffen ist für die Betroffenen daher die MöglicŸeit, rasch und niederschwellig ein professionelles psychisches Unterstützungsangebot zu erhalten, essentiell, um eine Chronifizierung der Belastungsreaktion zu verhindern und das psychische Gleichgewicht dauerhaft wiederherzustellen. Hier gilt besonders, „wer rasch hilft, hilft doppelt“. Dabei ist besonders vorteilhaft, wenn die beratende Einrichtung jüdisch oder zumindest an die jüdische Gemeinde angegliedert ist. Als Grund wird vor allem das Bedürfnis nach einem geschützten Raum genannt, wo die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über hohe Sensibilität in Bezug auf Antisemitismus verfügen, wo Betroffene ernst genommen und ihre Erfahrungen nicht bagatellisiert werden.

ESRA als psychosoziales Zentrum der IKG Wien bietet seit mehr als drei JahrzeŸten professionelle Betreuung und steht allen Betroffenen offen, die Hilfe im Umgang mit Antisemitismus wünschen, sei es durch ein Gespräch, eine Beratung oder längerfristige Begleitung und Behandlung. Die enge Kooperation zwischen ESRA und der IKG Meldestelle ist in dieser Konstellation einmalig. Die Zusammenarbeit der beiden Institutionen ermöglicht besonders niederschwellige Hilfestellung und in weiterer Folge bestmögliche Unterstützung.

Impressum
Herausgeber: Israelitische Kultusgemeinde Wien
1010 Vienna, Seitenstettengasse 4

Tel. +43/1/531 04-0
E-Mail: office@ikg-wien.at

Wien, 1. Auflage 2022

Der Bericht kann auf www.antisemitismus-meldestelle.at heruntergeladen werden.

Redaktion: Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien
Layout & Lektorat: IKG

Coverfoto: unsplash/jean-philippe-delberghe